

## Zusammenfassungen zur nr-Jahreskonferenz 2007

Zusammenfassungen einiger Panels, die einen Eindruck von den Foren vermitteln. Die Stipendiaten der KAS haben die Texte in ihrem Seminar zusammengetragen.

Wie viel Westen?

Freitag: Forum IV "Wildwest-Journalismus – Journalistische Standards und Selbstverständnis in Osteuropa"  
Von Alexandra Wrann

"Dutzendfach leichter"

Freitag: Workshop "Investigative Reporting in USA"  
Von Stephan Isernhagen

"Den Deutschen fehlt ein Gefühl für Polen"

Freitag: Erzählcafé "Polen"  
Von Julian Klose

Politik, Print und Pannen

Samstag, Forum I: Lobbyismus und Medien. Die 5. Gewalt im Staat ohne Kontrolle?  
Von Anna Katharina Lenz

Mehr Schnüffelnasen, bitte!

Samstag: Forum III "Werttreiber Recherche-Pools"  
Von Carla Neuhaus

Behandlung beim Spin Doctor

Samstag: Forum VI "Wirtschaftsjournalismus: Aussperren und Einspannen"  
Von Andreas Sattler

Windrosen-Wochen

Samstag: Forum VII "Zukunft der ARD-Magazine – Leitmarken des investigativen Journalismus?"  
Von Ann-Christin Müller

Achtung, Attrappe!

Samstag: Lesson "Die sieben Typen der Sprachverführung" mit Prof. Dr. Uwe Pörksen  
Von Benjamin Baum

Antworten sind wichtiger als Fragen

Samstag: Lesson "Professionelle Fragetechniken als Schutz vor Manipulation" mit Ulrich Wickert  
Von Anna Kuhn-Osius

Wie enttarnt man einen CIA-Kidnapper?

Samstag: Erzählcafé mit John Goetz über den Fall Khaled el Masri  
Von Christina Stefanescu

Wallraff saudreckig

Samstag: Erzählcafé "Neue Rollenrecherchen" mit Günter Wallraff  
Von Greta Taubert

Endlich Ruhe nach dem Sturm?

Samstag: Erzählcafé "Die letzte Reise der Pamir" mit Johannes K. Soyener  
Von Julika Meinert

Gegen die vorherrschende Ängstlichkeit

Samstag: Wundertüte "Einsatz der versteckten Kamera in der Praxis" mit Marcus Lindemann und Jörg Hilbert  
Von Kim Selle

Neue Chancen für die Recherche

Samstag: Wundertüte "Auskunftsrechte effektiv nutzen" mit Dr. Manfred Redelfs  
Von Kata Kottra

Wind of change oder laues Lüftchen?

Abschluss-Diskussion: "Gedopter Sport – Medien als Teil der Dopingmaschine"  
Von Johannes Aumüller

Wie viel Westen?

Freitag: Forum IV „Wildwest-Journalismus – Journalistische Standards und Selbstverständnis in Osteuropa“

Von Alexandra Wrann

Einschränkung, Zensur, Repression: So schildert der Westen – nicht erst seit dem Mord an der Journalistin Anna Politkowskaja – die Mediensituation in Osteuropa. Umso überraschender muss es für viele im Plenum gewesen sein, dass Yuri Shirocky aus Weißrussland relativ zufrieden ist mit der derzeitigen Situation: „Die Journalisten können über alles schreiben“, erklärte der Mitarbeiter von BelaPan – Weißrusslands einziger unabhängiger Nachrichtenagentur.: „Sie üben einfach seltener Kritik am Präsidenten, aber das heißt ja nicht, dass sie sich verkaufen.“

Ein kontroverses Statement. Doch seine Kollegen aus Georgien, Russland und Bulgarien waren sich einig: Es habe sich viel getan im ehemaligen Ostblock, die Situation vieler Journalisten habe sich verbessert – allerdings sei noch ein weiter Weg zu gehen: „Ein langwieriger Prozess, der Generationen überdauert, bis sowohl die Journalisten als auch die ganze Gesellschaft begriffen haben, was Pressefreiheit bedeutet“, urteilte Vessela Vladkova, Redakteurin beim Bulgarischen Nationalen Rundfunk. Meinungs- und Pressefreiheit sind ein hohes Gut, das es zu erreichen gilt – auch dahingehend herrschte Einigkeit. Und doch ging es in der Diskussion nicht in erster Linie um die Meinungsfreiheit als solche – oder zumindest nicht unmittelbar: Schlechte Bezahlung, schlechtes Image, fehlende Netzwerke. Das, so wurde schnell deutlich, sind die Probleme, mit denen Osteuropas Journalisten zu kämpfen haben., Unabhängigkeit und kritische Berichterstattung sind ein Luxus, den sich nur die Wenigsten leisten können. Wer eine Familie ernähren muss, überlegt offenbar nicht lange, wenn er vor der Wahl steht: Wenig Geld für kritisches Arbeiten - oder ein verhältnismäßig gut bezahlter Job in einem staatlichen Unternehmen, das die Kritik an Bürgermeister, Provinz-Gouverneur oder Staatspräsident verbietet. Darunter leidet auch die Solidarität unter den Journalisten: „Jeder sucht sich sein Plätzchen, der eine ein trockenes, der andere ein feuchtes“, brachte es Johannes Voswinkel, Korrespondent der ZEIT in Moskau, auf den Punkt.

Sind also alle Journalisten in Osteuropa Einzelkämpfer, wenn auch aus existentieller Not heraus? Ganz so weit wollte zwar keiner der Teilnehmer gehen. Doch offensichtlich mangelt es dem Berufsstand bereits seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion an Gemeinschaft: Berufsverbände gibt es nicht oder nicht mehr, Netzwerke entstehen nur selten. Den Grund dafür sieht Vladkova auch darin, dass vielen Journalisten noch nicht bewusst sei, wie wichtig ihre Aufgabe für die Öffentlichkeit ist, und sie die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit noch nicht erkannt hätten. Doch auch wenn es zu Zusammenschlüssen komme, ändere sich wenig – es bleibe beim Kampf David gegen Goliath: „Vor zwei Jahren wurde ein Journalist brutal verprügelt. Mehrere Journalisten haben sich danach zusammengetan und von der Regierung Aufklärung gefordert. Die hat so getan, als würde sie es ernst nehmen, aber dann nur abgewartet bis der Vorfall wieder vergessen war“, berichtete David Paitchadze, Direktor des Journalistischen Instituts Tiflis in Georgien.

Das Ansehen der osteuropäischen Journalisten sinkt stetig, weite Teile der Bevölkerung bringen dem Journalismus nur noch sehr wenig Vertrauen entgegen. Karriere, Geld, Ruhm und Ehre – all das bekommt man als Journalist in Osteuropa nicht. Viele junge Leute schrecken das ab, gerade junge Männer hätten eher pragmatische Ziele

und zögen den Staatsdienst vor, so Voswinkel. Und dennoch: Über zu wenig Bewerber könnten sich die journalistischen Institute und Fakultäten nicht beklagen, sagten sowohl Paitchadze als auch seine russische Kollegin Alla Bepalova vom Institut für Publizistik in Rostow am Don.

Der Nachwuchs ist also da – auch wenn es oftmals nicht die hehren Ideale sind, die die Jung-Journalisten antreiben: „Wenn ich die jungen Menschen am Institut frage, was sie an dem Beruf reizt, bekomme ich eine klare Antwort: ‚Ich will für eine Glamour-Zeitung arbeiten und viel Geld verdienen‘“, so Bepalova. Diese Motivation haben aber längst nicht alle: „Viele antworten auch, dass sie soziale Verantwortung übernehmen und dazu beitragen wollen, dass es den Menschen in Russland besser geht.“

Wie nun aber aus diesen jungen Menschen gut ausgebildete Journalisten werden sollen, darüber waren die Diskutanten uneins. Wie viel Tradition, wie viel westlichen Einfluss soll man zulassen? Einerseits soll der althergebrachte russische Ausbildungsansatz praktiziert werden, der eine humanistisch orientierte Lehre, die Vermittlung eines umfassenden Wissens über Geschichte und Kultur des Landes vorsieht. Andererseits sollen auch handwerkliche Standards, wie sie in westlichen Demokratien unterrichtet werden, nicht zu kurz kommen.

Einstimmigkeit herrschte dagegen, als es um einen wesentlichen Kritikpunkt der Journalistenausbildung in Osteuropa ging: den fehlenden Praxisbezug. Ein Volontariat nach deutschem Vorbild könne, so Bepalova vom Institut für Publizistik, die Lücke zwischen theoretischer Ausbildung und praktischem Berufseinstieg schließen.

Doch ganz egal, welche Art von Lehre die jungen Journalisten Osteuropas genießen – wichtig sei, dass sie zu professionellen Rechercheuren, reflektierten Berichterstatern ausgebildet werden: „Was sie brauchen, ist die Fähigkeit gut zu schreiben, einen eigenen Stil zu entwickeln, kritische Anspielungen einzubauen, aber auch neutral berichten zu können“, so Paitchadze vom georgischen Journalismus-Institut. Kritik und freie Meinung bleiben also trotz aller Widrigkeiten das zentrale Kriterium. Und doch, so scheint es, wünschen sich die Kollegen aus Osteuropa, dass es sich in der Diskussion auch und vor allem im Westen nicht immer nur um diese einzige Frage dreht, wie Verlagsleiterin Irina Samokhina zum Abschluss der Diskussion deutlich machte: „Natürlich ist die tiefgründige journalistische Recherche sehr wichtig; aber Kritik sollte nicht nur um der Kritik willen ausgeübt werden.“

„Dutzendfach leichter“

Freitag: Workshop „Investigative Reporting in USA“

Von Stephan Isernhagen

„Zu teuer und aufwändig, kein Geld und keine Zeit!“ Investigativer Journalismus hat's in Deutschland nach wie vor schwer und ist oft das Privileg besonders großer, wohlhabender und einflussreicher Redaktionen. Das ist in den USA schon lange anders: Seit der Watergate Affäre 1972 um Richard M. Nixon und Bob Woodward entwickelte sich dort „investigative reporting“ zu einer journalistisch und politisch anerkannten „social practice“. Investigativer Journalismus gehört heute zum alltäglichen Erwartungshorizont vieler amerikanischer Leser und Zeitungsmacher und wird in der öffentlichen Diskussion und Wahrnehmung als etwas Selbstverständliches beschrieben und diskutiert – auch auf lokalem Niveau.

In „Investigative Reporting in USA“ präsentierte der Student Lars-Marten Nagel die empirischen Ergebnisse seiner Diplomarbeit. Sie beschäftigt sich mit kulturellen, juristischen und redaktionellen Gesichtspunkten investigativen journalistischen Arbeitens in Nordamerika. Nagel argumentierte, dass dort Journalisten im Vergleich zu Deutschland „strukturell im Vorteil“ seien, da US-Redaktionen auf Teams für investigative Recherche zurück greifen könnten, höhere Recherche-Budgets verteilen und besser ausgebildete Rechercheure beschäftigen. Für seine Feldstudie interviewte Nagel amerikanische Journalisten und analysierte systematisch drei US-Zeitungen aus St. Louis, Kansas City und Washington. Seine Arbeit beleuchtet, wie selbstverständlich langfristig geplante und organisierte Recherche in amerikanischen Zeitungsredaktionen abläuft.

Das Bedürfnis vieler amerikanischer Leser und Journalisten nach investigativem Journalismus sei kulturell verwurzelt und erkläre sich aus einem tiefen Misstrauen heraus, dass viele Amerikaner und Journalisten gegenüber Politikern hegten. „Einige Kollegen denken ernsthaft, dass Politiker immer lügen und die Öffentlichkeit ständig versuchen zu täuschen.“ So ist es auch keine Überraschung, dass der Begriff des „investigative reporters“ zum alltäglichen Wortschatz vieler Amerikaner gehört und Leser sich in Verlagshäusern direkt mit den „investigative reporters“ verbinden lassen können, die dort ein fester und bekannter Begriff seien.

In vielen amerikanischen Redaktionen arbeiten Recherche-erfahrene Journalisten in Teams, die immer wieder für mehrere Monate zwecks intensiver Recherchetätigkeiten freigestellt werden und nicht tagesaktuell schreiben. Einmal im Jahr publizieren Redaktionen dann besonders spannende Rechercheergebnisse in wöchentlichen Sonderbeilagen. Nagel beschrieb einige dieser Beilagen und stellte einzelne Rechercheserien vor, bei denen interessante Ergebnisse entstanden. Die „investigative reporter“-Teams seien aber, so Nagel, oft intern isoliert und würden aufgrund ihres attraktiven Tätigkeitsfelds misstrauisch und neidvoll von Kollegen beäugt. Nach monatelanger intensiver Recherche mit Fokus auf einem bestimmten Thema seien viele Kollegen blockiert und hätten Schwierigkeiten, neue investigative Themen anzurecherchieren oder sich auf den routinierten tagesaktuellen Betrieb wieder einzulassen. Investigative Recherche wird in den USA durch datenschutzrechtliche Bestimmungen gefördert und erleichtert. So gibt es bei vielen amerikanischen Behörden einen „freedom of information officer“, der offizielle Dokumente an Journalisten herausgibt und sich gezielt mit solchen Anfragen beschäftigt. Redaktionen bereiten ihre Volontäre darauf vor, mit diesen Angestellten zu verhandeln und um Dokumente zu feilschen.

Nagel erläuterte, dass es kein Problem sei, Lizenzlisten von zugelassenen Ärzten oder Busfahrern anzufordern oder Tabellen aus Behörden einzuholen, die den Wohnort, Namen und Alter erfasster Straftäter zeigen. In vielen Redaktionen finden sich längst geschulte Informatiker, die bestimmte Datenbanken „parallel setzen“ und systematisch nach beliebigen Kategorien auswerten und abfragen. Durch Verknüpfungen und Querverweise zwischen den Datenbanken lassen sich Zusammenhänge nachweisen, die dann journalistisch aufbereitet werden. Das „gehe in die Richtung von Rasterfahndung“. Wer in den USA Journalist werden will und Informatiker sei, so Nagel, „bekommt heute schnell einen Job und hat wunderbare Berufsaussichten.“

„Den Deutschen fehlt ein Gefühl für Polen“

Freitag: Erzählcafé „Polen“

Von Julian Klose

Warschau will von Berlin als gleichwertiger Partner angesehen werden. Da ist es nicht verwunderlich, dass beim Erzählcafé zur Situation der Presse in Polen mit Moderator Andreas Metz, Geschäftsführer von n-ost, und den drei Warschauer Journalisten Justyna Golinska, Cezary Gmyz und Bronislaw Wildstein gerade der Vergleich zu Deutschland immer wieder Gegenstand der Diskussion wurde.

Den Einstieg in die Erzählrunde bildete Bronislaw Wildstein, oder, wie Metz ihn nannte, der „Mann, vor dem ganz Polen Angst hat“. Er schilderte die Ereignisse um die so genannte „Wildstein-Liste“ aus seiner Sicht. Als Ende Januar 2005 die polnische Zeitung Gazeta Wyborcza eine Liste mit 240.000 Namen veröffentlichte, fachte sie damit in der polnischen Öffentlichkeit eine alte Debatte an: Es ging wieder einmal um die Frage, wie Polen mit seiner kommunistischen Vergangenheit umgehen soll. Der laut Metz „konservative Patriot“ Wildstein tritt für eine rigorose Abrechnung mit den kommunistischen Strukturen ein. Er fordert vor allem eine „Durchleuchtung“ von Personen aus dem öffentlichen Leben, die vor der „Wende“ in Kontakt zum damaligen Sicherheitsdienst SB standen. Im Institut für Nationales Gedenken (IPN), die der deutschen Birthler-Behörde entspricht, existierte eine entsprechende Liste mit Namen dieser Personen. Wildstein habe sich seit Jahren energisch dafür eingesetzt, diese Daten bekannt zu machen: „Mein Handeln war halb bürgerlich, halb journalistisch. Ich wollte die Liste vor der Vernichtung bewahren.“ Seitdem ist die Liste eng mit seinem Namen verbunden.

Wildstein wies auch auf die politischen Fragen hin, die vor der Veröffentlichung der Daten aufkamen: „Soll die polnische Gesellschaft das Recht haben, die Liste einzusehen? Hat sie nicht ein Recht auf die eigene Vergangenheit? Wer entscheidet darüber, was öffentlich wird und was nicht? Sollen wir das deutsche Modell anwenden?“ Die Liste sei „als Quelle sogar vollständig“, sagte Wildstein: „Sie ist die beste Wissensquelle über diese Zeit. Das liegt am kommunistischen Polizeisystem: Information war das Hauptwerkzeug.“ Gleichzeitig sei er immer der Ansicht gewesen, die Daten müssten kritisch betrachtet werden. Zu leicht seien Verwechslungen der Namen möglich, so Wildstein. Die Liste sei daher nur für Journalisten zu gebrauchen. Wie sie schließlich den Weg ins Internet gefunden haben soll, kann sich Wildstein nicht erklären. Er jedenfalls sei es nicht gewesen. Weshalb er daraufhin vom damaligen Chefredakteur der Rzeczpospolita entlassen wurde, verstehe er daher bis heute nicht. Sicher ist sich Wildstein aber in der Bedeutung der Liste für Polen: „Die Liste hat zu einer neuen Phase der Debatte um Polens Vergangenheit geführt. Die Angelegenheit um die Durchleuchtung ist bis heute nicht geklärt. Sie rollt bis heute. Das ist wichtig für Polen.“

In der zweiten Hälfte kam die Diskussionsrunde auf die allgemeine Lage der Presse in Polen zu sprechen. Auf die Frage von Metz, ob die Gesprächsteilnehmer politischen Druck bei ihrer Arbeit zu spüren bekämen, antwortete Cezary Gmyz von einer Warschauer Tageszeitung selbstbewusst: „Ich fühle mich als Journalist nicht unter speziellem Druck.“ Er war zwar auch der Ansicht, die beiden Brüder Kaczynski fühlten sich „manchmal von den Medien beleidigt“. Zumindest auf die privaten Medien hätten sie aber überhaupt keinen Einfluss, so Gmyz. Wenn er den Nachrichtensender TVN24, ein Pendant zu N24 oder CNN, betrachte, falle ihm auf, „der Einfluss der Medien auf die Politik“ sei „größer als andersrum“.

Außerdem sprach Metz die Kartoffelaffäre der taz an und fragte, ob man in Polen richtig reagiert habe. Gmyz: „Also ich bin kein Kaczynski-Berater, aber wenn ich es wäre, würde ich sagen, sie sollten auf solche Sachen nie so reagieren. Die Reaktion war zu groß. Bis dahin wusste niemand, was die taz ist. Jetzt haben einige Polen den Eindruck, die taz sei die wichtigste deutsche Zeitung. Nein, sie hätten lieber keinen Kommentar abgeben sollen. Das war Quatsch.“

In dieser Phase des Erzählcafés kamen auch vermehrt Fragen aus dem Publikum. Zeitweise erhitzte sich das Gespräch zu einer kontroversen Debatte, so z.B. bei der Frage einer polnischen ZuhörerIn, die auf einen Bericht der polnischen Zeitung Gazeta Wyborcza Bezug nahm. Ob die drei Journalisten es für möglich hielten, dass im staatlichen Fernsehen Zensoren beschäftigt seien, fragte sie. Wildstein entgegnete daraufhin mit einem Seitenhieb auf das gegnerische journalistische Lager: „Wenn ich in der Gazeta Wyborcza lese, weckt das sofort Zweifel in mir. In diesem Fall aber fürchte ich, ist es wahr.“ Das sei zwar immer noch nicht gut, aber früher sei die staatliche Kontrolle noch „viel schlimmer“ gewesen.

Genauso viel aufzuholen gibt es im alltäglichen deutsch-polnischen Dialog: Justyna Golinska, Stellvertretende Chefredakteurin von „Zeitdialog“, bietet Stipendien an, um Deutschen das „Polen zu zeigen, wie es wirklich ist“. Dabei bemängelte sie das geringe Wissen, das die Teilnehmer hätten: „Wenn viele Deutsche Polnisch hören, meinen sie, es sei Russisch. Und es gibt Vorurteile. Wie das, dass Polen klauen. Ich gebe zu, das kommt nicht von ungefähr. Das ist problematisch für uns.“ Insbesondere seien Reaktionen aus Polen für ihre deutschen Stipendiaten schwer zu verstehen, sagte Golinska: „Sie fühlen das nicht. Nicht, dass sie nicht verstehen wollten. Es ist eine Sache des Gefühls für das Denken der Polen.“ Am Beispiel der Stipendiaten demonstrierte damit Golinska, dass die Deutschen erst einmal ihre Nachbarn verstehen lernen sollten, bevor sie über deren Land urteilten. Nur so könnten sich Deutsche und Polen langfristig näher kommen.

Politik, Print und Pannen

Samstag, Forum I: Lobbyismus und Medien. Die 5. Gewalt im Staat ohne Kontrolle?

Von Anna Katharina Lenz

Mehr als Hundert Journalisten waren eingeladen – und jeder stand vor der Frage: „Kann ich da hingehen?“ Der Tabakkonzern Reemtsma hatte im vorigen März zur ersten Preisverleihung des „Liberty Award“ für Pressefreiheit und investigativen Journalismus geladen. Ein medialer Pflichtterminus? Oder einfach geschicktes Lobbying?

Nils Klawitter vom Spiegel vertrat im Forum I am Samstag die Meinung, wer zehnmal zu Veranstaltungen wie dem Liberty Award gegangen sei, werde sich beim nächsten Mal gut überlegen, wie er in der aktuellen Diskussion zum Nichtraucherschutz berichte. Wilhelm Klümper, stellvertretender WAZ-Chefredakteur, sprach sich in diesem Sinne dafür aus, vor allem die Qualität von Journalisten zu stärken: „Was wir brauchen, sind starke und unabhängige Journalisten.“ Moderator Gottlob Schober bemängelte, dass vor allem kritische Journalisten nicht zum Liberty Award eingeladen worden seien und dass Fernsehteams vor der Tür bleiben mussten. Doch Reemtsma-Sprecher Lars Großkurth verteidigte sein Unternehmen: „Wir hatten weder den Platz noch das Budget, um Filmteams auf der Veranstaltung unterzubringen. Die Printjournalisten, die da waren, hätten ja alles schreiben können.“

Achtzig Briefe wurden von Reemtsma an Bundestags-Abgeordnete versandt, in denen ein Vergleich zwischen der Gesundheitsschädigung durch Zigaretten und Handys hergestellt wurde. Darin hieß es, dass es schlimmer sei, vor seinem Kind mit dem Handy zu telefonieren, als in seiner Gegenwart eine Zigarette zu rauchen. „Wie gehen Sie mit wissenschaftlichen Studien aus Interessengemeinschaften vor?“, wollte Gottlob Schober daraufhin wissen. Wilhelm Klümper erläuterte: „Erstmal werden alle Informationen berücksichtigt. Der Einfluss der Lobbyisten auf den Journalismus erfolgt sehr schleichend. Was wir üben, ist Nähe und Distanz.“ Nils Klawitter betonte, dass es die Aufgabe der Journalisten sei, zu schauen, wer die Studie erstellt habe. Buchautor Johann-Günther König („Finanzkriminalität“) sagte hierzu: „Die Frage ist, wo Lobbyismus für Journalisten ein Problem wird.“ Das Problem sei, dass man sich in einem ausgeweiteten System befinde, in dem nicht mehr unterschieden werden könne, ob es sich um einen Wissenschaftler oder Lobbyisten handle.

Nils Klawitter zeigte sich überzeugt, dass viel mehr Lobbyismus im Verborgenen passiere. Er kritisierte: „Wir haben ein gutes Ministerialsystem mit mehreren tausend Beamten – und trotzdem lässt man sich von Außen immer mehr unter die Arme greifen.“ Lars Großkurth verteidigte seine Profession: „Wir haben ein Produkt, was komplett durchreguliert ist. Mit denen, die regulieren, müssen wir einfach im Gespräch bleiben.“ Dagegen hatte Wilhelm Klümper grundsätzlich nichts einzuwenden: „Lobbyismus ist erst einmal ok!“ Das Problem entstehe dort, wo die Politik möglicherweise auf die Lobby hereinfalle. Hier stelle sich die Frage, wie Politik gemacht sei, dass das passieren könne. Als Beispiel wurde das Nichtraucherschutz-Gesetz genannt, das im letzten Herbst von der Tabaklobby an 60 ausgewählte Abgeordnete versandt wurde und die Grundlage für die Diskussion in der Fraktionssitzung bildete. Als Erklärung für dieses Verhalten wurde die Komplexität in der Politik angeführt. Während Lars Großkurth an dieser Stelle sagte, dass für ihn am Ende nur zähle, ob eine Idee gut sei oder nicht, meinte der Berliner Journalist Dietmar Jasbinzek schlicht: „Das war eine Panne.“ Doch nicht alleine die Tabaklobby nimmt Einfluss auf die Politik. Nils Klawitter betonte: „In den letzten Jahren gab es auch ein deutliches Auftreten von Nichtregierungsorganisationen.“ Er sei generell für eine strikte Regulie-

rung der Lobbyarbeit. Die Prozesse und Einflussnahmen müssten so transparent wie möglich gemacht werden. Hier könne auch die USA ein Vorbild sein, deren Lobbyarbeit klaren Regulationen unterliege. Die Journalisten der Runde schienen sich am Ende einig zu sein, dass man der Macht des Lobbyismus am besten mit Journalisten begegnet, die auf Qualität setzen und unabhängig bleiben.

Mehr Schnüffelnasen, bitte!

Samstag: Forum III „Werttreiber Recherche-Pools“

Von Carla Neuhaus

Wir brauchen im Journalismus wieder mehr „Schnüffelnasen“, wie Erwin Kohla vom SWR sie nennt. Schnüffelnasen, die wieder mehr investigative Recherche betreiben. Aber auch Schnüffelnasen, die von Seiten der Redaktionen überhaupt die Zeit für investigative Recherche bekommen. Und Schnüffelnasen, die hierfür in Teams zusammenarbeiten anstatt als Einzelkämpfer voranzupreschen. Dies ist die gemeinsame Forderung von Holger Stark (Der Spiegel), Joachim Knuth (NDR) und Erwin Kohla (SWR) in Forum III am Samstag. Alle drei wünschen sich für den Journalismus in Deutschland mehr sogenannter Recherche-pools. Das heißt eigene Recherche-Redaktionen, in denen sich Redakteure fernab von Terminjournalismus um das kümmern, was im Redaktionsalltag oft aufgrund von Zeitmangel auf der Strecke bleibt: die Exklusivität.

Während in den USA Recherche-pools in Redaktionen bereits heute nicht wegzudenken sind, sieht dies in Deutschland noch ganz anders aus: Investigative Recherche im Team sei wichtig, werde in deutschen Redaktionen bislang jedoch nur viel zu selten praktiziert, skizziert Hans Leyendecker von der Süddeutschen Zeitung die aktuelle Situation.

Für den Spiegel seien sowohl investigative Recherche als auch Teamarbeit unverzichtbar, so Holger Stark. Das wöchentlich erscheinende Magazin habe jedoch auch die geeigneten Ressourcen, um dies tagtäglich umzusetzen: genug Zeit, Geld und Mitarbeiter. Bei jedem Thema, das der Spiegel bearbeitet, werde im Vorhinein genau festgelegt: Wer befasst sich damit? Wer recherchiert was? Und wer schreibt am Ende den Artikel? Dabei werde das Team für jedes Thema neu zusammengesetzt: „So können immer genau die Leute für ein Thema herausgepickt werden, die sich auf dem entsprechenden Gebiet besonders auskennen“, erklärt Holger Stark.

Diese Vorgehensweise unterscheidet sich stark von der Arbeit in den sogenannten Recherche- oder Reporter-pools, die zunehmend von Hörfunkanstalten ins Leben gerufen werden. Dort sitzen stets dieselben Redakteure in einem Team zusammen. Diese (zumeist festangestellten) Journalisten, befassen sich mit aufwändigen Recherchearbeiten, die im Redaktionsalltag sonst fast immer aus Zeitgründen unter den Tisch fallen würden. Wer genau in diesen Recherche-pools sitzt, ist ganz unterschiedlich. Beim SWR, der erst vor sieben Monaten einen solchen Pool gegründet hat, recherchiert der gelernte Maschinenbauer gemeinsam mit dem studierten Rechtsanwalt oder dem Philosophen. Jeder von ihnen bringt andere Qualifikationen und Lebenserfahrungen mit. Doch eins vereint sie: die Lust an der investigativen Recherche.

Wichtig sei vor allem, die Eitelkeit abzulegen, unter dem Endprodukt unbedingt den eigenen Namen sehen zu wollen, betont Erwin Kohla vom SWR. Ein Punkt, der auch seinem Kollegen Joachim Knuth vom NDR wichtig ist: „Wir müssen erkennen: Am Ende zählt nur das fertige Ergebnis und nicht, was welche einzelne Person oder Redaktion dazu beigetragen hat“. Daher müsse zusätzlich zur Arbeit im Recherche-team auch eine engere Zusammenarbeit der einzelnen Redaktionen und auch der einzel-

nen Sender eines Funkhauses angestrebt werden. Meist liefen die Fäden schließlich in der Recherchedaktion zusammen.

Das Ziel ist also: „Wir müssen alle Wellen auf einen gemeinsamen Kurs bringen“, so Joachim Knuth. Eine Idee, die nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann. Der NDR hat sich zum Beispiel zwei Monate Zeit genommen, um das Recherche-team personell zu besetzen. Und auch die Finanzierung eines solchen Teams muss erst einmal geregelt werden. So gibt Joachim Knuth ganz offen zu: „Damit unsere Reporterpool eingerichtet werden konnte, mussten an anderen Stellen auch Gelder gekürzt werden.“ Doch mehr auf Recherche im Team zu setzen, zahle sich am Ende aus. Knuth sieht den Mehrwert in „Respekt, Reputation und Unterscheidbarkeit von anderen Funkhäusern“. Hinzu kommt: Viele Beiträge werden durch die Arbeit des Rechercheteams überhaupt erst möglich. Erwin Kohla berichtet beispielsweise von einer Untersuchung des SWR, der zu Folge 90 Prozent der Beiträge, an denen das Rechercheteam beteiligt war, ohne dieses nicht zustande gekommen wäre.

Die Idee, ein solches Rechercheteam zu gründen, entsteht meistens im Zuge einer Qualitätsdebatte. Die Redaktionen fragen sich: Machen wir vielleicht zuviel Terminjournalismus und zu wenig Exklusivität? Am Ende einer solchen Debatte stehen Feststellungen wie diese von Joachim Knuth vom NDR: „Wir müssen das Medium Hörfunk wieder mehr kultivieren“. Erwin Kohla vom SWR sieht dies ähnlich: „Wir müssen bei den Hörern wieder Neugierde wecken. Sie müssen das Gefühl haben: ‚Wenn ich diesen Sender einstelle, bekomme ich etwas Spannendes zu hören.‘“

Auch bei den Lokalzeitungen sieht Holger Stark Handlungsbedarf. Denn: „Auch für Lokalzeitungen werden Recherche und die Bündelung von Kompetenzen immer wichtiger. Sie machen sich sonst irgendwann überflüssig.“

Behandlung beim Spin Doctor

Samstag: Forum VI „Wirtschaftsjournalismus: Aussperren und Einspannen“

Von Andreas Sattler

„Aber ich für mich will doch rein sein“. Für einen zwar kurzen, aber irgendwie doch zu lang erscheinenden Moment wird es ganz still im Raum K3. Ein seltsam unkonkreter und abstrakt anmutender Satz steht im Raum. Seltsam vielleicht auch deshalb, weil er bezogen ist auf einen journalistischem Bereich, der stark in Verruf geraten ist: die Wirtschaftsberichterstattung.

Gesagt hat diesen Satz der freie Journalist Meinrad Heck, der für seine siebenjährige Recherche über den Flow-Tex-Skandal den „Wächter-Preis“ verliehen bekam. Heck arbeitet als Korrespondent für verschiedene Regionalzeitungen. Als einziger auf dem Podium im Forum „Wirtschaftsjournalismus: Aussperren und Einspannen“ ist Heck nicht auf Wirtschaftsberichterstattung spezialisiert. Er ist nicht einverstanden mit dem Bild, das seine Kollegen zeichnen. Wenn ein Pressesprecher ihn einmal belüge, so Heck, dann habe er kein Vertrauen mehr und könne zukünftig nicht mehr mit dieser Person zusammenarbeiten.

Sowohl Lutz Frühbrodt (Die Welt) als auch Hubert Seipel (ARD) sehen den Umgang mit PR-Mitarbeitern von Unternehmen nicht so kritisch. Eher wie ein strategisches Spiel erleben sie die Auseinandersetzung mit den Kommunikationsprofis finanzstarker Unternehmen. Ohne Tricks ginge es darum, den längeren Atem zu behalten, sich auf die Gegenseite einzulassen und soweit wie möglich ihre Logik zu verstehen. „Natürlich muss man dabei aufpassen, dass man seine eigene Rolle nicht verliert“, betont Seipel seine Grundregel. Seipel hat für die ARD eine Dokumentation über den Einstieg eines Finanzinvestors beim Traditionsunternehmen „Grohe“ produziert. Dass der Vorstand des Armaturenherstellers ihn hin und wieder zum Essen eingeladen hat, stellt für Seipel jedoch keinen wirklichen Interessenkonflikt dar. Im Gegenteil. Seipel glaubt, dass eine kategorische Ablehnung der Einladung eine schlechtere Kooperation der Unternehmensführung bedeutet hätte. Wichtige Bilder und Interviews wären wahrscheinlich gar nicht erst entstanden.

Das schwierige Umfeld in dem sich insbesondere Wirtschaftsjournalisten bewegen, verdeutlicht die Publikation „Kritischer Wirtschaftsjournalismus“ des Netzwerks Recherche. Gemäß einer hierin zitierten Schätzung der Verbände belieferten 2006 zwischen 30.000 und 50.000 PR-Mitarbeiter rund 48.000 hauptberufliche Journalisten.

Frühbrodt glaubt, zwei Gründe gefunden zu haben, die insbesondere im Wirtschaftsjournalismus zu undurchsichtigen Verquickungen von PR und Journalismus geführt haben. Erstens seien Wirtschaftsjournalisten mehr der PR ausgesetzt als andere Journalisten. Und zweitens biete der zunehmend geforderte Servicecharakter der Wirtschaftsseiten ein Einfallstor für die PR-Manager. Frühbrodt geht davon aus, dass 80 bis 90 Prozent der tagtäglich veröffentlichten „Exklusivgeschichten“ von den Spin Doctors der Wirtschaftsunternehmen direkt lanciert werden. Dabei würden Journalisten von diesen PR-Fachleuten geradezu bedrängt. „Es gibt eine regelrechte Kakophonie“, bestätigt Ursula Schwarzer (Manager Magazin). Während der Siemens-Affäre hätten die PR-Spezialisten des Vorstandsvorsitzenden Klaus Kleinfeld gegen die Berater von Heinrich von Pierer intrigiert. Hinzu kamen die Interessen der

einzelnen Aufsichtsratsmitglieder von Siemens. „Wir wissen, dass uns die Pressesprecher anlügen.“ Mangelnde Recherche und der Zeitdruck führten dann letztlich zu peinlichen Fehlermeldungen, die im Interesse der unterschiedlichen Akteure waren.

Besonders gravierend scheint die Entwicklung für Regionalzeitungen zu verlaufen. Ursula Schwarzer erinnerte sich, dass ihr ein ehemaliger Chefredakteur bestätigt hat, dass über große Anzeigenkunden wie Lidl und Media Markt grundsätzlich nicht negativ berichtet würde. Anzeigeninteressen der Verlage und wirtschaftlichen Druck wollten das Publikum des Forums VI allerdings nicht als alleinige Begründung gelten lassen. Vielmehr hätte die eigene Bequemlichkeit der Journalisten den PR-Fachleuten und Spin Doctors die Türen geöffnet. Die Geister, die man einst gerufen habe, werde man nun nicht mehr los. Moderatorin Henrike Thomson, die als freie Kulturjournalistin arbeitet, erinnerte sich an ihre eigene Zeit als PR-Frau. Damals fand sie ihre Pressemitteilungen regelmäßig bei dpa wieder. „Unredigiert, ohne Konjunktiv und ohne, dass jemals nachgefragt wurde.“

Windrosen-Wochen

Samstag: Forum VII „Zukunft der ARD-Magazine – Leitmarken des investigativen Journalismus?“

Von Ann-Christin Müller

Die Politmagazine der ARD stehen vor einer Grundsatzentscheidung, wie es in den nächsten Jahren weitergehen wird. Rainer Braun, freier Medienkritiker, Dr. Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung, Stephan Wels, Panorama (NDR) und Mathias Werth von Monitor (WDR) diskutierten unter Leitung von Dieter Anschlag (Funkkorrespondenz) über die Zukunft der einzelnen Titel, allerdings ohne Ergebnis.

Ein Problem der sechs Politmagazine der ARD sei, dass sie kein klares Profil haben, sagte Heribert Prantl. Im Vorfeld der Tagung habe er sein Redaktionsteam beauftragt herauszufinden, welche Sendung zu welchem Zeitpunkt laufe. Nach einer halben Stunde habe er Ergebnisse erhalten, die allerdings Fehler aufwiesen. „Es braucht einen guten Archivar, um festzustellen, welche Sendung an welchem Wochentag sendet“, so Prantl. Auch Wels stimmte ihm zu: „Das Publikum sieht nicht den Unterschied der sechs ARD-Magazine. Die Profile sind den Menschen draußen nicht vermittelbar“.

Prantl bemängelte zudem, dass die Moderatoren Dinge behaupten, die er ihnen nicht abnehmen könne. Die Moderatoren sollten seiner Meinung nach nicht nur präsentieren, sondern auch nah an Redaktionen sein. Nur so könnten sie Beiträge glaubwürdig vertreten, nur so hätten die Sendungen ein klares Profil. „Ich würde mir wünschen, mit großer Neugier und Spannung einzuschalten – und das tue ich nicht mehr.“ Seiner Meinung nach könne man Qualität auch daran messen, wo man beim Zappen stehen bleibt. Dies sei heute nicht bei den Politmagazinen, sondern bei den politischen Diskussionsrunden. Er bejahte Anschlags Frage, ob Politmagazine in Konkurrenz zu politischen Diskussionsrunden stehen. Es sei jedoch nicht wichtig, wo Politiker im Fernsehen zu sehen seien, sondern die Frage, was nach ein paar Tagen hängen geblieben ist und in den Redaktionen diskutiert werde.

Braun kritisierte vor allem die Themenauswahl der Magazine. „Heute ist nicht immer Politik drin, wo Politmagazin drauf steht“, erklärte er. Sie würden ihr Profil aufgeben und seien reine Ratgeberformate. Zudem bräuchten die öffentlich-rechtlichen Sender zu lange, um ein aktuelles Thema zu behandeln. Er führte dafür das Beispiel Doping im Radsport an. Allerdings verwies Werth hier direkt darauf, dass man nicht aus einer einzelnen Sendungskritik eine Verallgemeinerung für alle Magazine machen könne. „Mir ist die Sendungskritik von Fakt vor 14 Tagen Wurscht“, sagte Werth. Auch Wels sagte, er wolle sich nicht über einzelne Sendungskritiken unterhalten, sondern über die Zukunft der Politmagazine. Diese ist seiner Meinung nach in der Reduzierung der Marken und Vereinheitlichung der Moderatoren zu finden. Allerdings, so gab er zu, sei diese Diskussion in der ARD von schrecklichen Ängsten geprägt. Die Lösung des Problems der Unordnung sei im Windrosenmodell, also der Reduzierung von sechs auf vier Magazine, oder im Einheitsmagazin zu finden.

Auf die Frage Anschlags, ob er auf Panorama verzichten würde, sagte er: „Wenn aus sechs Magazinen nun vier gemacht und dabei geographische Gesichtspunkte berücksichtigt würden, also Norden, Osten, Süden und Westen, dann würde es den NDR gar nicht treffen“. Es müssten aber zuerst Kriterien entwickelt werden und dann solle jeder bereit sein, sich auch selbst zur Disposition zu stellen. Auch Werth äußerte Sympathie für das Windrosenmodell. Die Diskussion sei aber unrealistisch, so, „als ob man mit Rasenmähern Unkraut jäten würde“.

Werth betonte zudem: „Die Magazine krebsten nicht am Untergang“. Einige seien über 40 Jahre alt, hätten über drei Millionen Zuschauer, böten zum größten Teil ernsthafte, relevante Themen, und Tageszeitungen träumten nur von diesen Möglichkeiten.

Ein weiterer Diskussionspunkt der Teilnehmer war die Kürzung der Politmagazine um 15 Minuten auf eine 30-minütige Sendung. Durch die Kürzung der Sendungen werden somit ein bis zwei Beiträge weniger gesendet. Man könne sich nicht so ausdrücken wie sonst, weil man immer nur überlege, welches Thema rausgeschmissen werde, sagte Werth. Außerdem seien die Themen nicht weniger geworden. Prantl erklärte, die Kürzung sei erfolgt, weil die Programmdirektion die Tagesthemen auf 22:15 Uhr festsetzen wollte. Dies sei eine „Missbilligung des Formats“, kritisierte er. Allerdings habe es auch keinen Protest der Zuschauer gegeben. Der Grund: Das Image des Journalismus sei zu schlecht. „Das ist das, was wir selbst gemacht haben“.

Für Wels geht es in nächster Zeit um die Rückgewinnung einer Sendung von 45 Minuten Länge. Jedoch sei innerhalb der ARD die Situation festgefahren, denn solange keine Personalveränderungen stattfinden würden, solange werde sich nichts bewegen. Für Werth hat die Verkürzung der Sendung eine besonders gravierende Bedeutung: Viele investigative Kollegen haben keine Möglichkeit, ihre Arbeiten zu veröffentlichen. „Damit geht die Kultur kaputt“, sagt Werth, „nämlich der recherchierende Journalismus in Deutschland“.

Achtung, Attrappe!

Samstag: Lesson „Die sieben Typen der Sprachverführung“ mit Prof. Dr. Uwe Pörksen

Von Benjamin Baum

Kennen Sie eigentlich den Begriff „Plastik-Wort“? Nein? Nun, müssen Sie auch nicht. Schließlich lesen, hören und schreiben wir alle täglich Dutzende Plastik-Wörter. Auch ohne diesen Ausdruck je gehört zu haben.

„Nullwachstum“, „Verschlankung“, „Kollateralschaden“ – das sind in der Familie der Plastik-Wörter derzeit die vielleicht berühmtesten Exemplare. „Innovation“, „Reform“ und „Fortschritt“ sind weitere Erscheinungsformen, der Ausdruck „Biomasse“ das jüngste Angebot auf dem von Politik, Wirtschaft und Werbung dominierten Markt der wohlklingenden Sinnentleertheit. Fest steht: Plastik-Wörter scheinen derzeit schwer „im Trend“. Und irgendwie sind sie wohl auch gefährlich.

Wie mit Worten aus welchem Grund Manipulation betrieben wird und von wem, warum Journalisten immer häufiger darauf reinfallen und wie man sich erfolgreich dem verbalen Nonsens entgegen stellt, darüber sollte die NR-Samstags-Lesson unter dem Slogan „Die sieben Mittel der Sprach und Bildmanipulation“ Aufschluss geben.

Uwe Pörksen war bis 2000 Professor für Sprache und Ältere Literatur an der Universität Freiburg. Vor drei Jahren hat er mit seinem Aufsatz „Plastikwörter: Die Sprache einer internationalen Diktatur“ für Aufsehen gesorgt. Ähnlich wie plastische Attrappen, die mit dem Gehalt des Nachgeahmten bestenfalls die Form gemein haben, stellten Produzenten von Plastik-Wörtern deren Klang über die Bedeutung. „Plastikwörter sind Elementarbausteine künstlich erzeugter Wirklichkeit“, sagt Pörksen.

Die Gefahr für den Journalismus ist offensichtlich. Obwohl Plastik-Wörter zur öffentlichen Kommunikation etwa denselben Beitrag leisten wie Zierobst zur Beseitigung des Hungers in Namibia, rückt das bedeutungsschwangere Gerede von „Modulen“ und „Entwicklungspotenzialen“ immer stärker ins Zentrum eines auf breiter Front geführten Pseudo-Diskurses.

Dass Wirtschaft, Politik und Werbung dergestalt für ihre Sicht der Dinge werben, ist laut Pörksen weder neu noch sonderlich beunruhigend. Gefährlich dagegen wird es, wenn Journalisten unter Zeitdruck hohle Worte (nach-)drucken, wo die Suche nach verdeckter und chiffrierter Wahrheit ihr eigentlicher Auftrag wäre.

Während des Vortrags meldet sich eine Teilnehmerin zu Wort, aus deren Redaktion heraus kürzlich eine junge Kollegin im Anschluss an eine städtische Pressekonferenz ihre Leserschaft mit der Ankündigung einer „Überquerungshilfe“ offenbar als hinreichend informiert ansah. Die Frage, ob es sich bei dem Vorhaben nun um eine Ampel, einen Zebrastreifen oder eine ominöse Weiterentwicklung von Gehhilfen für Senioren handle, schien die Journalistin der Fantasie des Endverbrauchers überlassen zu wollen. Das Beispiel zeigt: Begriffs-Konfusionen gehören nicht nur zum journalistischen Alltag: Unter Zeit- und Produktionsdruck werden sie leider immer häufiger entweder übergangen oder gar nicht erst wahrgenommen. Auf Kosten des Lesers.

Von „intelligenten Waffensystemen“ über „Total Quality Management“ bis hin zum politischen „Durchbruch“: Windigen Hirnen schnittiger Spin-Doktoren oder Aktenstaub muffiger Amtsstuben entstiegen, bahnen sich Plastik-Wörter, einem Virus ähnlich, über unkritisch redigierte Presse-Mitteilungen via Zeitung, Funk und Fernsehen ihren Weg an die Öffentlichkeit. Weil niemand sie so recht versteht, werden sie ungeprüft umhergereicht – in der stillen Hoffnung, irgendetwas werde sich in derlei dynamisch oder wissend klingenden Schallwellen schon „hineindenken“ lassen. Nicht nur im Umgang mit Politikern, Wirtschaftsbossen und Pressesprechern sei demnach Vorsicht vor Wort-Attrappen geboten, warnt Pörksen. Wie aber erkennt ein Journalist im Zweifel, bei welchen Begriffen zusätzliches Nachfragen oder Recherchieren angezeigt ist?

Prof. Pörksen unterscheidet insgesamt fünf Formen der Sprach- und zwei der Bild-Manipulation. Grob gesagt: Gefährlich wird es immer dann, wenn Worte sich entweder zu weit vom Konkreten entfernen („Begründervorhaben“ statt „Birken am Straßenrand“) oder durch einseitigen Gebrauch mit Konnotationen belegt werden, die den Begriff zusehends „verderben“. Derart, so Pörksen, habe sich der „Islamist“ inzwischen längst vom (potenziellen) Islam-„Forscher“ zum glasklaren „Terroristen“ entwickelt.

Ähnlich assoziativ arbeiten Personifizierungen und schablonenhafte Vergleiche. Derart etwa sei der beispiellose Hitler zum medialen „Mädchen für alles“ erklärt worden, so zahlreich werde der Erz-Diktator zur begrifflichen Referenz unliebsamer Staatsoberhäupter herangezogen - zumeist begleitet von einer „metaphysischen Überhöhung“, bei der, so Pörksen, „auch Gott und Teufel zum Hilfspersonal degradiert werden.“

Als weiteres Mittel zur Sprachmanipulation nennt Pörksen den inflationären und zunehmend zweckfremden Gebrauch von Fachjargon. Hinter einer „kritischen Gesamtwasserlage“ mit „deutlichen Gefährdungspotenzialen“, hinter Begriffsmonstern also, welche den informellen Diskurs unter Fachleuten auf formaler Ebene imitieren, verbergen sich allzu häufig Banalitäten. In diesem Fall die simple Information, dass ein Fluss übers Ufer getreten ist. Die Gefahr: „Falsche Fachsprache wird oft als Machtinstrument eingesetzt“, sagt Pörksen. Einerseits wiege sie den Hörer in Sicherheit, schließlich wähnt man die Angelegenheit „in guten Händen“, andererseits schneide sie ihn von der eigentlichen Information ab.

Nicht nur im Umgang mit Presstexten und PR-Agenturen gilt daher: Vorsicht vor Attrappen! Allerdings: Verdächtig abstrakte Begriffe durch Beispiele oder Reformulierung zu „erden“ reiche für guten Journalismus allein nicht aus. Die Journalisten stecken in einem Dilemma, denn der Leser erwartet letztlich beides: Konkretisierung und Abstraktion. Er verlangt anschauliche, unterhaltende Information und will zugleich auf die ordnende Hand selektierender, gewichtender und mitunter wertender Journalisten nicht verzichten.

Wie also sich wehren gegen Phrasen, Plattitüden, Plastik-Abstraktionen? „Das erfolgreichste Mittel gegen jede Form von Sprachmanipulation“, so Pörksen: „Im selben Augenblick konkret und abstrakt zu sein.“ Solides Journalisten-Handwerk also, das genügt. Jedes gute Feature schließlich lebt von dieser Spannung. Und als Sprachpfleger haben sich gute Journalisten ohnehin seit jeher verstanden.

Im Falle von „Durchbrüche“ und „Nullwachstümern“ bedeutet das den Auftrag: Plastik-Wörter aufspüren, aussortieren, die Fakten abseits der Sprache neu gruppieren und endlich, wenn jedes Wort auf sauberem Grund der Wirklichkeit zu stehen scheint, von Neuem abstrahieren. In eigener Regie, versteht sich, und: ohne Kunststoff, bitte.

Antworten sind wichtiger als Fragen

Samstag: Lesson „Professionelle Fragetechniken als Schutz vor Manipulation“ mit Ulrich Wickert

Von Anna Kuhn-Osius

Bei den Tagesthemen kann der Zuschauer nicht unter den Tisch des Moderators gucken. Schade eigentlich. Ulrich Wickert kommt in weißen Turnschuhen – zur einstündigen Anekdotenrunde und journalistischen Basiserziehung. Geschätzte Schuhgröße: 46. Das Thema: Professionelle Fragetechniken als Schutz vor Manipulation. Der NDR-Kantinen-Flur platzt aus allen Nähten.

Schutz vor Manipulation? „Ich bin kein Theoretiker, ich habe keine Theorie“, sagt Wickert. Doch Manipulationsversuche sind Alltag, auch bei den Tagesthemen. Wickert: „Um 20.16 Uhr klingelt das Telefon. Ein Politiker ist dran: ‚Das, was gerade in der Tagesschau gesagt wurde, sollten Sie in den Tagesthemen noch einmal aufgreifen. Ich kann das gut erklären.‘“ Wickert lächelt: „Bei so einem ist klar: Der will einfach nur ins Fernsehen.“

Manipulationsversuche können aber auch viel subtiler ablaufen, in Details, Bildhintergründen, bei den täglichen Schalten mit Politikern und Wirtschaftsbossen.

Das Beispiel von Wickert: Ein Interview mit Dieter Zetsche von DaimlerChrysler aus 2005. Eine halbe Stunde vor der Sendung schaltete Wickert damals das „Heute Journal“ ein – und ärgerte sich: Zetsche war keineswegs exklusiv bei den Tagesthemen, sondern lächelte gerade zunächst im Zweiten den Moderator an. Das Interview, was dort folgte, wirkte wie eine Werbesendung. Die Fragen als direkte Steilvorlagen für Zetsche, um strahlend die „Genialität der neuen S-Klasse“, den „hoffnungsvollen Fortschritt des Smarts“ und die motorengleiche „Zugkraft des Konzerns“ zu verkünden.

Klar, beim alten ARD-Mann Wickert kommt das Negativ-Beispiel von der Konkurrenz. „Das hat mich genervt“, sagt Wickert heute. „Ich habe mich – Entschuldigung – verarscht gefühlt und mir gesagt: ‚Junge, so leicht kommst du bei mir nicht davon.‘“ Wickert grinst. „Nachher hat mich Zetsche gefragt: ‚Herr Wickert, warum haben Sie mich damals so auflaufen lassen?‘ Er war nach meinem Interview etwas verschreckt – vielleicht.“

Wickerts erster Punkt: Allzu freudig-inhaltslosen Rednern gnadenlos ins Wort fallen. Auch wenn das bei Zuschauern durchaus negative Reaktionen hervorruft: „Das tut man doch nicht, Herr Wickert.“

Und einmal, „da habe auch ich kläglich versagt“, erzählt er. „Bei Regine Hildebrandt. Ich habe ihr eine Frage gestellt und sie hat sechs Minuten am Stück geredet. Das war das Interview.“

Heute sei Angela Merkel die Königin darin, Fragen nicht zu beantworten. Und Wickert ist wichtig, auch das klar zu sagen. „Sie haben meine Frage nicht beantwortet, Frau Merkel.“ Aber ohne genervt zu sein, ohne Aggression in der Stimme. „Ich stelle auch die kritischsten Fragen immer mit einem freundlichen Gesichtsausdruck“. Die kürzeste Frage, die Wickert einem Politiker je gestellt hat, war einfach nur „Warum?“ „Und das ist eine der schwierigsten Fragen.“

Wichtig ist ihm, die Fragen kurz zu stellen und nicht so zu formulieren, dass sich ein Politiker die Antwort aussuchen kann. Daher: Der beste Schutz vor Manipulation sei die optimale Vorbereitung auf das Interview. Wickert ruft dazu gerne schon mal den politischen Gegner des Interviewpartners an – um sich briefen zu lassen. Vor dem Tagesthemengespräch mit dem Präsident der Zigarettenindustrie klingelte daher beim Präsidenten vom Nichtraucherverband das Telefon. Am Apparat Ulrich Wickert: „Welche Fragen würden Sie stellen?“

Für Wickert gilt: „Die Antwort ist immer wichtiger als die Frage“ – und um die richtige Antwort zu bekommen, muss die Frage strategisch genau überlegt werden. Dennoch schreibt sich Wickert nur die erste seiner Fragen auf. „Danach muss ich zuhören“, sagt er.

Worthülsen versucht er, wann immer möglich, zu vermeiden: „Ich benutze politische Begriffe bewusst nicht“, sagt er. Er sucht Begriffe, die stärker sind. „Politiker machen aus dem Waldsterben einen Waldzustand, aus der Krankheit eine vitale Schwäche, sprechen besonders gern vom negativem Wachstum. Das müssen wir Journalisten enttarnen.“

Statt Holocaust spricht Wickert von Judenvernichtung, einfach um die Metapher zu vermeiden, die viele benutzen, aber nur wenige wirklich verstehen. Und das Wort „Ehrenmord“ sollte laut Wickert niemand benutzen, selbst in Anführungszeichen nicht. „Es darf keine Verschönerung des Mordens geben.“

Auf Vorgespräche mit Politikern hat Wickert immer verzichtet, sehr bewusst: „Ich will auf keinen Fall persönlichen Kontakt mit Politikern aufnehmen.“ Wichtig: Fragen nie abzusprechen und im Vorgespräch bloß nicht über das Interviewthema zu reden. Auch der Überraschungseffekt sei ein gutes Mittel, Manipulationen zu vermeiden. Und wie geht Wickert mit genervten Interviewpartnern um, die patzige Gegenfragen stellen?

„Das ist schwierig“, sagt er. „So eine Reaktion zeigt die Schwäche vom Gegenüber. Was Sie dann sagen, kommt immer darauf an, wie gut Sie grad drauf sind und wie schnell Sie im Kopf sind in dem Moment.“

Aber auch bei Ulrich Wickert gab es Interviews, die er nun wirklich lieber nicht vorzeigen möchte, Interviews, wo es keine Zeit zur Vorbereitung gab.

Am 11. September 2001, direkt nach den Anschlägen, lief auf der ARD ein Tierfilm. Und Tierfilme dürfen nicht unterbrochen werden, so urteilte die ARD-Zentrale in München an diesem Tag. Bis der Hamburger CvD sagte: „Komm, Uli, du gehst ins Studio, ich in die Regie und wir senden einfach“. Ulrich Wickert moderierte live, immer wieder stürzten Menschen mit neuen Agenturmeldungen ins Studio – und irgendwann wurde jemand auf den Stuhl neben den Moderator gesetzt. Ulrich Wickert kannte den Menschen nicht. Es war sein nächster Interviewpartner, in wenigen Minuten. „Ich habe dann während der Live-Moderation nur noch schnell einen Zettel geschrieben und rüber geschoben: ‚Wie heißen Sie?‘ und ‚Was können Sie erzählen?‘ Dann waren wir live drauf. So können Interviews auch aussehen.“

Wie enttarnt man einen CIA-Kidnapper?

Samstag: Erzählcafé mit John Goetz über den Fall Khaled el Masri

Von Christina Stefanescu

Zwischenstopp Palma de Mallorca. Es gab viele solcher Zwischenstopps. Mallorca – Mazedonien – Afghanistan. Zimmerrechnungen, Kosten für Getränke, Massagen, Kreditkartennummern. Und immer wohnten die Kidnapper im Fünf-Sterne-Hotel. Die CIA hat auf der Baleareninsel Spuren hinterlassen. Unterlagen der Guardia Civil belegen das. Alles online einsehbar, für alle, sagt John Goetz. Die Guardia Civil habe unter dem Druck der Öffentlichkeit Untersuchungen anstellen müssen. CIA-Flüge über Europa, Landungen in Spanien. 6000, 7000 Seiten Material, voll von Decknamen, die Goetz und seinen britischen Kollegen Stephen Grey nach monatelanger, mühsamer Recherche im Sommer vergangenen Jahres auf die Spur der Entführer von Khaled el Masri brachten. Der Deutsch-Libanese El Masri war im Januar 2004 von Entführern aus den Reihen der CIA in ein Geheimgefängnis nach Afghanistan verschleppt, im Mai 2004 wieder freigelassen worden.

John Goetz berichtet im ZAPP-Erzählcafé über seine Recherchen – und alles klingt so simpel. Das Internet macht's möglich. Ein Klick hier, eine Datenbank-Recherche da. Goetz erzählt mit Unterstützung einer Power-Point-Präsentation voller eingescannter Dokumente, Schaubilder und Filmausschnitte des Beitrags, den er für das ARD-Magazin „Panorama“ drehte. Besuch bei vier CIA-Agenten in den USA. Goetz kennt ihre Namen, ihre Adressen, ihre Gesichter, nach Monaten der Recherche. Und doch war alles viel komplizierter. Nur mit viel Hintergrundwissen kommt man wohl so weit. John Goetz springt von einem Rechercheansatz zum nächsten und auch wieder zurück. Gebannt schauen die Zuhörer auf die Leinwand, lauschen Goetz' Worten.

Irgendwann mussten auch die Entführer des Deutschen Khaled el Masri in Mallorca gelandet sein. So viel sei klar gewesen, sagt Goetz. Aber mit welchem Flug? Goetz und Grey durchforsteten die Flugdaten des Entführungstages, öffentlich zugängliche Unterlagen der europäischen Luftfahrtkontrolle Eurocontrol; die Crewlisten aus den Unterlagen der Guardia Civil. Immer wieder stießen die Rechercheure auf ähnliche Crews, bestehend aus Medizinern, Piloten. Hinter den Namen auf den Crewlisten standen Sozialversicherungsnummern, die bei vielen nicht stimmen konnten, weil ihre Laufnummern nicht dem Alter der Agenten entsprachen. „Es war sehr unwahrscheinlich, dass einer dieser Leute bis zum 25. Lebensjahr im Koma gelegen und erst nach dem Aufwachen eine Sozialversicherungsnummer bekommen hatte“, sagt Goetz. Die Namen mussten Decknamen sein, einer davon James Richard Fairing.

Mit Wissen wie diesem ging die Suche nach den Männern und Frauen hinter den Decknamen weiter: Alle Piloten, die ihren Flugschein in den USA machen, sind in einer öffentlich zugänglichen Datenbank der amerikanischen Luftfahrtbehörde FAA registriert, mit Heimatadresse, besonderen Kennzeichen- „Brillenträger“ etwa - dem Tag der Prüfung und dem der medizinischen Eingangsuntersuchung, den Flugzeugtypen, die geflogen werden dürfen. Öffentlich zugänglich ist diese Datenbank, aber erst nach einer Registrierung. Mit dem richtigen Namen? Mit der Anschrift der Redaktion? Er habe bei der Pressestelle angerufen und gefragt, wie er sich registrieren könne. Ganz einfach. Er müsse nur irgendwas eingeben, sagt man Goetz dort. Die anonyme Recherche ist gesichert.

James Richard Fairing also. Nur einer der Namen im Netz, das Grey mit den gesammelten Informationen in einem Programmfenster seines Computers entwarf. Bei Fairings Registrierung bei der FAA fehlte die Adresse. Ein weiterer Hinweis, dass es sich um einen Decknamen handeln musste. Aber: Wer steckte hinter Fairing? Goetz und Grey durchsuchten die Datenbank, luden große Datenpakete auf den Computer einer Mitarbeiterin, ordneten Excel-Tabellen neu, nach Piloten etwa, die in North Carolina registriert sind, weil dort die Firma sitzt, die für die CIA die Flüge nach Afghanistan durchführt. Sortierten die Namen weiter nach Flugzeugtypen, weil die CIA-Flüge mit ungewöhnlichen Flugzeugen stattfanden. Planespotter spielten bei dieser Erkenntnis eine Rolle, die Registrierungen von Flugzeugen fotografieren und immer auf der Jagd sind nach ungewöhnlichen Motiven. Es gab Informanten. Viele wahrscheinlich, die Tipps gaben wie diese: Die echten Vornamen würden bei den Decknamen der CIA-Mitarbeiter oft beibehalten, die Zahlen bei Geburtsdatum oder Eingangsuntersuchung verdreht. Goetz und Grey verglichen die Details der in der FAA-Datenbank registrierten Piloten, stießen immer wieder auf Übereinstimmungen. Nur selten dürften die so zahlreich gewesen sein wie bei James Richard Fairing und James Kovalesky. Treffer.

Auf Eric Hume, der bei der CIA wohl Eric Fain hieß, stieß Goetz mit einer Suche im amerikanischen Telefonbuch. Whitepages.com. Weil Fain aus dem Hotel auf Mallorca eine Nummer in den USA angerufen hatte. Zwei Tage hatten die CIA-Leute damals auf der Insel im Mittelmeer festgesessen. Wegen eines Schneesturms. Hume, ein Glückstreffer. Goetz, Grey und ihre Mitarbeiter hätten mittlerweile 50 weitere CIA-Mitarbeiter enttarnt, sagt Goetz. Und passiert ist: Nichts. Zwar hat die Staatsanwaltschaft München 13 Haftbefehle erlassen, 12 davon gegen Tarnnamen. Tarnnamen oder Klarnamen, eigentlich mache das keinen Unterschied, sagt Goetz. Keiner der Kidnapper wurde bisher festgenommen, die USA würden wohl auch keinen ausliefern. Und: Der, der mit Klarnamen in den Unterlagen der Guardia Civil auftauche, sagt Goetz in der Diskussion vorsichtig, lande wohl regelmäßig in Ramstein. „Ramstein“, sagt Goetz, „ist scheinbar ein rechtsfreier Raum, selbst für Interpol-Haftbefehle. Praktisch endet die deutsche Justiz in Ramstein.“ Er könne das nicht beweisen, aber es sei nicht unwahrscheinlich, dass der CIA-Mitarbeiter in Ramstein umsteige.

Viel Glück hätten er, John Goetz, und Volker Steinhoff beim Dreh in den USA gehabt. „Wären die CIA-Leute nicht weggelaufen, hätten sich klug verhalten – die Geschichte wäre tot gewesen“, sagt Goetz. Ob die CIA versucht hätte, seine Recherchen zu behindern? Er habe einmal einen Anruf bekommen, im Hotel, von einem Mr. Getts, der sich erkundigt habe, was er mache. Und im Nachhinein? Hat die CIA Konsequenzen gezogen? Goetz: „Ich war noch einmal in den USA, bin zu den Kidnappern gefahren: Sie hatten Pappe vor den Fenstern.“

Wallraff saudreckig

Samstag: Erzählcafé „Neue Rollenrecherchen“ mit Günter Wallraff

Von Greta Taubert

Das „Schweinesystem“ ist wieder zurück im deutschen Journalismus, genau wie „Ausbeuter“, „Psychofaschisten“ und „flächendeckende Seuchen“. Es sind die Vokabeln des Günter Wallraff, die er aus einer anderen Zeit mitgebracht hat und die heute wieder zu passen scheinen. Der Rollenspieler hat wieder neue Rollen. Für „Zeit Leben“ taucht Wallraff wieder ab – diesmal in die „Schöne Neue Arbeitswelt“, wie er die zehnteilige Reportageserie überschreibt. In deren erster Folge durchlebte er als Michael G. den Alltag eines Callcenter-Agenten, der mit betrügerischen Methoden Lotterielose oder Jugendschutzverordnungen an „arme Schweine“ verklingeln sollte. Mit gewohnter Parteilichkeit und angereicherten Hintergrundinformationen breitete Günter Wallraff seine neue Undercover-Recherche auf acht Seiten im Leben-Magazin aus. Weil das eigentlich viel zu wenig sei („Den Ackermann-Text hätte man kürzen können“), hatte er im Erzählcafé noch einiges hinzuzufügen.

Zum Beispiel seine Vorbereitung: Als er die Zeitungen durchblättert, sucht er sich die aggressivsten Stellengesuche heraus. Die großen Bunten, in denen als Firmendressen die nobelsten Gegenden standen und die wenig vom Bewerber verlangten, ihm aber dafür vieles versprochen. Dann setzte er seine blonde Perücke auf, rasierte sich den markanten Schnauzer ab, zog ein Karohemd an und machte als 49-jähriger Spießler eine Entdeckung: Die Ausbeutung hat heute ein anderes Gesicht. Es ist nicht von körperlich zerstörender Arbeit geprägt, nicht von menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen. Es lacht in hellen Großraumbüros in Spiegel, die neben den Telefonen angebracht sind. „Die Ausbeuter lassen sich nicht mehr als solche ausmachen, es sind eher Typen, mit denen man mal gern Tennis spielen möchte.“

Günter Wallraff ist bei solchen Beobachtungen unserer Arbeitswirklichkeit wieder ganz da. Die Ärmel hochgekrempt, dreht er den Oberkörper unruhig von einer Seite des Publikums zur anderen. Mehr als die Hälfte der Zuschauer steht dicht gedrängt, um seine launigen Anekdoten und moralischen Weisheiten zu hören. „Ich mache mich gemein“, sagt er. „Denn wer so ein Unrecht erlebt, muss sich gemein machen.“ Das sind keine Neuigkeiten: Das sagte er nach seinen Industriereportagen in den sechziger Jahren, das sagte er als Hans Esser bei der Bild-Zeitung, als Ali bei McDonald's – und das sagte er auch als Podiumsgast bei einem weiteren Panel der Jahrestagung des Netzwerk Recherche. Dort folgten die Kollegen Hanni Hüscher, Nikolaus Brender, Thomas Roth und Hermann Schreiber dem berühmten Zitat von Hanns-Joachim Friedrichs: „Du sollst dich nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten“. Mit der Ablehnung dieses journalistischen Imperativs ist Wallraff in die Lehrbücher eingegangen. Mit Sätzen wie „Wer sich immer als objektiv deklariert, weiß nur nicht, wie parteiisch er ist“ oder „Es ist ein Unterschied, ob man zu Schutzlosen abtaucht oder zu Mächtigen“ ringt er selbst den Podiumskollegen noch immer Respekt ab.

Wie groß seine Wirkung auf die Öffentlichkeit als Enthüllungsjournalist ist, spürt er endlich wieder. Hunderte hätten sich nach seiner Reportage bei ihm gemeldet. Manager von Callcentern, Angestellte und Angerufene. Eigentlich Stoff für ein ganzes Buch. Das wird es diesmal nicht – aber zumindest ein weiterer Text soll erscheinen.

Auch die Politik habe versprochen, sich etwas gegen die dubiosen Callcenter auszu-denken. Und ein Film soll auch entstehen. Wallraff gibt sich ob dieser Reaktionen überrascht: „Das Thema ist ja eigentlich jedem bekannt gewesen, mich brauchte es dafür eigentlich nicht.“ Scheinbar doch. Als nächstes will er wieder in den richtigen Dreck. Als Billiglohnarbeiter in einer Fabrik. Er will sich die Hände lieber richtig schmutzig machen und sie wieder abwaschen können. Denn der unsichtbare Schmutz seiner ersten Rolle ging nicht so leicht wieder ab. „Das waren dort arme Schweine in einem Schweinesystem, in dem ich mich saudreckig gefühlt habe.“

Endlich Ruhe nach dem Sturm?

Samstag: Erzählcafé „Die letzte Reise der Pamir“ mit Johannes K. Soyener

Von Julika Meinert

Fast 50 Jahre ist das Unglück nun her – und noch immer sind die genauen Umstände der Katastrophe nicht endgültig geklärt. Doch Johannes K. Soyener hat nun einen großen Schritt getan: Seinem Tatsachenroman „Sturmlegende. Die letzte Fahrt der Pamir“ (bei Lübbe am 12. Juni erschienen) legt der Autor die Ergebnisse seiner intensiven Recherche über den Untergang des Segelschulschiffes zu Grunde. Bei der Jahrestagung des Netzwerk Recherche sprach er über seine Arbeit an dem Fall.

Die Fakten: Im Juni 1957 verließ der Viermastsegler „Pamir“ den Hamburger Hafen, um Gerste aus Buenos Aires in die Hansestadt zu holen. Auf dem Rückweg von Südamerika geriet der Großsegler, der 1905 bei Blohm+Voss vom Stapel gelaufen war, in Seenot. Das Schiff konnte dem Hurrikan „Carrie“ nicht standhalten und sank. Von den 86 Besatzungsmitgliedern, darunter etliche jugendliche Kadetten, überlebten nur sechs. Ob und wie der Untergang hätte verhindert werden können, ist bis heute umstritten.

Die Ursache für die Katastrophe sieht das zuständige Seeamt in Lübeck in seinem Bericht von 1958 in der falschen Lagerung der Ladung: Die 3.780 Tonnen Gerste waren fast vollständig lose im Lagerraum. Wegen seiner hohen Fließgeschwindigkeit muss das Getreide eigentlich in Säcken transportiert werden, da die Ladung sonst zu schnell verrutschen kann. Damit läge die Schuld bei dem verantwortlichen Kapitän Johannes Diebitsch. Doch nach Schuldigen hat das Seeamt nicht gesucht. Die Anwälte der „Stiftung Pamir und Passat“ wollten den Grund für den Untergang in „höherer Gewalt“ erkennen, machten den Hurrikan für das Unglück verantwortlich.

Aber warum ist das Schiff dem Hurrikan nicht ausgewichen? Wusste das Personal an Bord nicht über die Wetterlage Bescheid? „Der Funker hat keine Wetterdaten gehabt“, schließt Johannes K. Soyener. Noch 24 Stunden vor dem Untergang, als der Hurrikan längst in der Nähe des Seglers war, habe die Besatzung gefunkt, dass sie in 14 Tagen zu Hause sein werde. Als der Hurrikan das Schiff erreichte, waren die Aufbauten nicht verschlossen und alle Segel gehisst. „Die Mannschaft war in Freizeitkleidung an Deck“, sagt Soyener. Warum wurde die Gerste lose gebunkert, warum standen noch so viele Segel und wie war die Qualifikation der Besatzung? Auf diese Fragen suchte Johannes K. Soyener Antworten. Und er sollte fündig werden. Der Chemotechniker und leidenschaftliche Segler recherchierte den Fall über mehrere Jahre und stieß auf 23 Aktenordner des Seerechtsanwaltes Dr. Horst Willner, der die Reederei des Schiffes und die „Stiftung Pamir und Passat“ bei den Untersuchungen vertreten hatte. „Willner wollte nicht, dass diese Ordner die Kanzlei jemals verlassen“, sagt Soyener. Er hatte bereits vor Jahren vergeblich versucht, die Akten mit Vorstandsprotokollen und Finanzunterlagen zu bekommen. Nach dem Tod Willners bot dessen Sekretärin die 23 Ordner dem Staatsarchiv Bremen an. Im vergangenen Jahr fragte Soyener erneut im Archiv an – und bekam die überraschende Auskunft: Das für den Fall hochinteressante Material war seit 1999 zugänglich. Nun konnte der freie Schriftsteller die Korrespondenzen und Unterlagen der Stiftung auf Grundlage seiner vorherigen Recherche prüfen – und zu aufschlussreichen Ergebnissen kommen. „Das war sicher kein Zufall. Das war Hartnäckigkeit“, kommentiert Soyener sei-

nen Fund. Die Durchsicht der Akten brachte Aufschluss über die Umstände, unter denen das Segelschulschiff gefahren ist.

Als die Pamir 1957 den Hamburger Hafen verließ, hatte die „Stiftung Pamir und Pasat“ nach Soyeners Recherche bereits massive finanzielle Probleme. So hatte das Bundesland Bremen, neben Hamburg, Schleswig-Holstein und dem Bundesministerium für Verkehr vierte Geldquelle der Stiftung, seinen Zuschuss gestrichen. Zehn der insgesamt 41 Stiftungsreeder kündigten wegen der Defizite ihre Mitgliedschaft. Aus etlichen Briefen der Stiftung wird die finanzielle Situation deutlich. „Sie war praktisch zahlungsunfähig“, sagt Johannes Soyener. Wohl um die Rendite zu erhöhen, war dann auch der Tieftank, der eigentlich der Stabilisierung dient, mit Getreide gefüllt worden. Weil am Tag der Beladung die Hafentarbeiter in Buenos Aires streikten, hatten die unerfahrenen Kadetten das Schiff beladen. Im Sturm verrutschte die Ladung der Pamir, der Großsegler bekam Schlagseite, Wasser lief durch die undichten Aufbauten in das Schiff, und eine Stabilisierung war nicht mehr möglich.

„Das Schiff hätte so nie auslaufen dürfen“, beurteilt Johannes Soyener nach der Durchsicht aller Dokumente den maroden Zustand der Pamir. Im Februar 1957 schrieb der vorherige Kapitän Eggers aus Montevideo einen Brief an die Stiftung, in dem er darauf hinweist, dass die Laderäume des Viermasters entrostet und konserviert werden müssten. „Das ist reine Werftarbeit, damit haben Kadetten nichts zu tun“, so Soyener. In Briefen hatten junge Besatzungsmitglieder ihre beschwerliche Arbeit auf der Fahrt beschrieben: Rostklopfen. „Wichtige Arbeiten wurden wegen hoher Kosten nicht gemacht“, meint Soyener. Aus den Akten des Dr. Willner geht hervor, dass die Stiftung schriftlich darüber informiert wurde, dass das Deck bereits beim Verlassen des Hamburger Hafens undicht war. Soyener: „Mit Wissen des Vorstandes der Stiftung ist das marode Schiff auf Reisen gegangen.“

Ein weiteres großes Problem des Segelschulschiffes: Es mangelte an fähigem Personal. „Die Jungen kommen voller Erwartungen an Bord, haben in den weitaus meisten Fällen den besten Willen, nun alles herzugeben, um ein in jeder Beziehung guter Seemann zu werden – und wir geben sie in die Hand von Kapitänen und Offizieren, von denen nur einem sehr geringen Teil die Qualifikation zum Erzieher und Ausbilder zugesprochen werden kann. Die meisten unserer Herren bedürfen selbst noch der Erziehung!“, heißt es in einem Brief an den Vorstand der Stiftung vom August 1957. Doch nicht nur die Ausbilder, sondern auch der Kapitän der letzten Fahrt der Pamir, der für den aus Altersgründen ausscheidenden Eggers kam, war fragwürdiges Personal: „Diebitsch hatte nie ein Segelschiff dieser Größe befehligt“, weiß Johannes Soyener. „Das ist so, als wenn Sie jemanden von einem VW auf einen 40-Tonner mit gefährlicher Ladung setzen.“

„Pamir: Ihr Untergang und die Irrtümer des Seeamtes“ – so der Titel des Buches von Reederei-Anwalt Dr. Willner, das 1991 erschien. Doch was er wirklich über diesen Fall wusste, verschweigt Willner in seinem Buch. Erstellt laut Soyener Fakten trotz besseren Wissen falsch dar. Dass das Seeamt mit den Akten, die er in seiner Kanzlei der Öffentlichkeit vorenthielt, etlichen Irrtümern entgangen wäre, lässt den Titel fast höhnisch klingen. Noch sind nicht alle Fragen zu dem Untergang der Pamir und dem Tod von 80 Seemännern endgültig geklärt. „Man muss sich ein vernetztes Denken aufbauen und den Sachen nachgehen“, meint Buchautor Johannes K. Soyener. Und er nennt seinen Leitgedanken bei der Arbeit an den Fragen, die ihn nicht losgelassen haben: „Gewissheit muss sich durch Recherche objektiv darstellen lassen.“

Gegen die vorherrschende Ängstlichkeit

Samstag: Wundertüte „Einsatz der versteckten Kamera in der Praxis“ mit Marcus Lindemann und Jörg Hilbert

Von Kim Selle

Sie stecken in Umhängetaschen, Blumentöpfen und Konservendosen, sind hinter verspiegelten Schaufenstern oder Heckscheiben von geparkten Autos installiert - versteckte Kameras werden immer häufiger als Hilfsmittel bei der verdeckten Recherche eingesetzt.

Wie weit darf ein Journalist gehen? Wann ist eine versteckte Kamera erlaubt, und wann verstoße ich gegen geltende Gesetze? In den meisten Redaktionen herrscht Ratlosigkeit über die genauen gesetzlichen Regelungen. „Da sind die wildesten Gerüchte und viele falsche Vorstellungen im Umlauf“, hat Marcus Lindemann vom Auto- renwerk beobachtet. Gemeinsam mit dem freien Journalisten Jörg Hilbert räumte er mit Vorurteilen auf, gab Tipps für den Einsatz der versteckten Kamera und weckte die Lust auf mehr verdeckte Recherche.

Generell ist verdeckte Recherche in Deutschland zulässig. Der Nutzwert, den der Journalist aus verdeckt erlangten Informationen erlangt, muss allerdings gegenüber den Nachteilen überwiegen, die durch einen möglichen Rechtsbruch entstehen könnten. „Selbst diese Grundregel kennen viele Journalisten nicht“, bedauerte Lindemann. Eingeschränkt ist die Verbreitung und Veröffentlichung von Video- Aufnahmen durch das Persönlichkeitsrecht. Wer mit verdeckten Videoaufnahmen die Intimsphäre einer Person verletzt, macht sich strafbar. „Keiner darf ein Bild von mir machen und es gegen meinen Willen verbreiten“, fasste Lindemann die zentrale Aussage des Kunsturhebergesetzes (§ 22) zusammen.

Was viele Journalisten überraschen dürfte: Das verdeckte Mitschneiden von Tonaufnahmen ist nach § 201 StGB verboten. „Oft habe ich dann also zwar einen Bildbeleg, aber keinen Tonbeleg“, erläuterte Lindemann. Eine gängige Lösung sei das Gedächtnisprotokoll: „Wenn es irgendwie möglich ist, sollte ich mir bei einer Recherche mit verdeckter Kamera einen Zeugen dazu holen.“ Der stenographiere dann im Idealfall das Gespräch mit. Wenn das nicht möglich ist - etwa beim Arzt oder beim Vorstellungsgespräch - empfiehlt Lindemann einen einfachen Trick: „Meist findet sich ein Aussteiger oder ein Opfer, das von seinen Erfahrungen berichtet.“ Mit den Aufzeichnungen der versteckten Kamera als zweite Quelle könnten dann oft die Aussagen bestätigt werden. Ein gewisses Kalkül spielt hier allerdings immer eine Rolle: „Azubis werden schon nicht ZDF gucken“, mutmaßte Lindemann. „Und die wissen auch nicht, dass sie klagen können.“ Wo kein Kläger, da kein Richter. In den meisten Redaktionen sorgte diese Denkweise für enorme Unsicherheit.

Unsicherheit gebe es zudem bei der Frage nach der Definition einer versteckten Kamera. Neben der „eindeutigen“ versteckten Kamera, die etwa in Taschen installiert wird, können auch Touristenkameras als versteckte Kamera gelten. Auch Kameras, die nicht eindeutig gekennzeichnet sind - etwa mit einem „ZDF-Popschutz“ auf dem Mikro - sind per Definition eine „versteckte Kamera“. Jede Profikamera wird außerdem sofort zur versteckten Kamera, sobald keine Drehgenehmigung vorliegt.

Für Jörg Hilbert steht fest: „Eine versteckte Kamera ist immer ein Vertrauensmissbrauch.“ Man sollte als Reporter daher unbedingt jeden Einsatz der versteckten Kamera genau abwägen. Dabei spielen nicht nur die juristischen Hintergründe, sondern vor allem ethische Fragen eine große Rolle. Im Fall eines Beitrags aus dem Jahr 2003 sieht Hilbert den Einsatz der versteckten Kamera heute kritisch:

Hilberts Ziel war es damals, über Autodiebstähle auf deutschen Rastplätzen und die fiesen Tricks der Täter zu berichten, die ihre Opfer meist mit dem „Pannentrick“ ablenkten. Die Kriminalpolizei ermittelte zu der Zeit bereits in mehreren Fällen. Die Täter gingen immer ähnlich vor: Während einer den Autofahrer auf einen angeblichen Reifenschaden aufmerksam machte und in ein Gespräch verwickelte, „bediente“ sich der zweite am unverschlossenen Auto. Jörg Hilbert ließ die Tricks der Diebe von Kollegen nachstellen und filmte mit versteckter Kamera die Reaktionen der von den „falschen Dieben“ getäuschten Autobesitzer. „Heute würde ich mir zweimal überlegen, ob ich so was noch mal mache“, gibt Hilbert zu. „Die versteckte Kamera diente ganz klar als dramaturgisches Mittel. Wir hätten genauso gut Nachstell-Szenen nehmen können.“ Das Beispiel sieht er daher als klaren Grenzfall: „Quote darf beim Einsatz der versteckten Kamera nicht ausschlaggebend sein.“

Hilbert zeigte aber auch Beispiele für den „klassischen Einsatz“ von versteckten Kameras. In einem Fall habe er die hinterlistigen Verkaufstricks einer Wintergartenfirma aufdecken wollen. „Da hatten wir ganz klar das Bedürfnis, mit der verdeckten Kamera neue Erkenntnisse zu gewinnen.“ Zeugen hatten berichtet, mit falschen Versprechungen über verlockende Ermäßigungen und Sonder-Konditionen zum Kauf eines Wintergartens überredet worden zu sein. Hilbert und sein Team mieteten ein Haus, luden den Wintergarten-Vertreter ein und filmten das Beratungsgespräch mit versteckter Kamera. „Der Erkenntnisgewinn war klar: Die Masche lief genau so, wie uns vorher berichtet wurde.“

Mithilfe eines Gedächtnisprotokolls konnten die rechtswidrigen Strategien des Vertreters aufgedeckt werden. Für Hilbert ein Fall, in dem der Einsatz einer versteckten Kamera unverzichtbar und zudem rechtlich einwandfrei war: „Das war ein absoluter Idealfall.“

Wichtig sei bei jedem Einsatz von versteckten Kameras, dass die betroffenen Personen ausreichend unkenntlich gemacht würden. „Ein schwarzer Balken reicht oft nicht aus“, so Lindemann. „Ich würde immer eher etwas stärker verpixeln.“

Ganz ernst genommen würden die rechtlichen Grundlagen jedoch nicht immer, verriet Lindemann: „In der Praxis ist es meistens doch so, dass der Ton mitgeschnitten wird.“ Um ein halbstündiges Gedächtnisprotokoll im Nachhinein nicht verdächtig erscheinen zu lassen, hat er einen einfachen Tipp: Wer mit der versteckten Kamera hin und wieder den stenographierenden Kollegen im Hintergrund einfange, sei hinterher immer auf der sicheren Seite.

Von oft schwammig und unklar formulierten Rechtsgrundlagen sollten Journalisten sich nicht abschrecken lassen. „Ich hatte in den letzten zehn Jahren nicht ein Verfahren wegen einer versteckten Kamera“, ermutigte Jörg Hilbert. Und auch Marcus Lindemann kann eine motivierende Statistik vorweisen: „Vor kurzem lief die 95. WISO-Folge, fast jedes zweite Mal wird eine versteckte Kamera eingesetzt. Und gerade haben wir zum ersten Mal ein Verfahren gehabt.“

„Ich bin gegen die vorherrschende Ängstlichkeit gegenüber versteckten Kameras“, betonte Lindemann. In vielen Redaktionen werde die versteckte Kamera leider immer noch unbenutzt im Giftschränk eingelagert.

## Neue Chancen für die Recherche

Samstag: Wundertüte „Auskunftsrechte effektiv nutzen“ mit Dr. Manfred Redelfs

Von Kata Kottra

In den letzten Jahren sind neue Möglichkeiten der Recherche bei Behörden und Verwaltungen entstanden. Neue Gesetze haben das überlieferte Prinzip der „Amtsverschwiegenheit“ umgedreht und Verwaltungsakte für Bürger prinzipiell öffentlich gemacht. Obwohl sich dadurch neue Chance für die Recherche eröffnen, machen bis jetzt nur wenige Journalisten von ihren neuen Rechten Gebrauch – sei es aus Unkenntnis oder Unsicherheit.

Dr. Manfred Redelfs leitet die Recherche-Abteilung von Greenpeace und ist assoziiertes Gründungsmitglied im Netzwerk Recherche. Er war als Experte an den Bundestagsberatungen über das Anfang 2006 in Kraft getretene Informationsfreiheitsgesetz (IFG) beteiligt und erläuterte Chancen und Möglichkeiten des „Umweltinformationsgesetzes“ (UIG) und des IFG.

### **Überblick für den praktischen Gebrauch:**

*Worauf beruhen die Auskunftsrechte für Journalisten bis zum Inkrafttreten des Umweltinformationsgesetzes und der Informationsfreiheitsgesetze?*

Sie beruhen vor allem auf den Landespressegesetzen. Beispiel Hamburger Pressegesetz, „§ 4 Informationsrecht. (1) Die Behörden sind verpflichtet, den Vertretern der Presse und des Rundfunks die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe dienenden Auskünfte zu erteilen.“

*Was hat sich in den letzten Jahren geändert?*

#### **1. Umweltinformationsgesetz (UIG)**

Das UIG geht auf eine Richtlinie der EU von 1990 zurück, die 1994 in deutsches Recht umgesetzt wurde. Das Gesetz besagt, dass alle umweltrelevanten Vorgänge in öffentlichen Behörden und Ämtern auf Antrag offengelegt werden müssen. Diese Vorgabe bezieht sich auf Informationen über „den Zustand von Umweltbestandteilen wie Luft und Atmosphäre, Wasser, Boden, Landschaft und natürliche Lebensräume einschließlich Feuchtgebiete, Küsten- und Meeresgebiete, die Artenvielfalt und ihre Bestandteile, einschließlich gentechnisch veränderter Organismen, sowie die Wechselwirkungen zwischen diesen Bestandteilen“ oder „Faktoren wie Stoffe, Energie, Lärm und Strahlung, Abfälle aller Art sowie Emissionen, Ableitungen und sonstige Freisetzungen von Stoffen in die Umwelt“.

*Wer ist nach dem UIG zur Auskunft verpflichtet?*

Verpflichtet sind alle öffentlichen Stellen auf allen Verwaltungsebenen, d.h. von der Kommunal- über die Landes- bis zur Bundesebene. Das bezieht sich nicht nur auf die Umweltbehörden, sondern beispielsweise auch auf Bauämter.

*Wer kann nach dem UIG Auskunft verlangen?*

Dies können alle Bürger – im Gegensatz zu den Landespressegesetzen (es ist ein sog. „Jedermannsrecht“). So fand eine Bürgerinitiative durch Akteneinsicht auf Grundlage des UIG heraus, dass der Bau einer konventionellen Giftmüllverbrennungsanlage bei Hannover mit zwei Millionen Euro aus dem Landesökofonds gefördert worden war – ohne erkennbare ökologische Förderungswürdigkeit.

*Welche neuen Auskunftsrechte gibt es noch?*

Anfang 2006 trat auf Bundesebene das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in Kraft, für das sich auch das Netzwerk Recherche unter Federführung von Dr. Manfred Redelfs eingesetzt hatte. Das Gesetz schreibt vor, dass Verwaltungsdaten und –akten prinzipiell öffentlich sind. Jeder Bürger (und Journalist) hat das Recht, nach Auskünften, Daten und Akten zu Vorgängen der öffentlichen Verwaltung zu verlangen.

In manchen Ländern bestehen Informationsfreiheitsgesetze schon seit mehreren Jahren, inzwischen sind IFGs in acht Bundesländern in Kraft (Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen, Saarland).

*Was sind Vorteile und Nachteile des IFG?*

Ein Vorteil ist sicher der neue Anspruch auf Akteneinsicht, das heißt ein unmittelbarer Zugang zu gesuchten Informationen. Außerdem kann der Antragssteller entscheiden, in welcher Form er die Informationen beziehen möchte – mündlich, schriftlich oder auf elektronischen Datenträgern. Mögliche Nachteile sind eine längere Bearbeitungszeit und Bearbeitungskosten, die von den Ämtern erhoben werden können (15 bis 500 Euro).

*Von welchen Einrichtungen kann man Auskünfte verlangen?*

1. Von allen Bundesämtern und Behörden, aber beispielsweise auch von Privatfirmen, die im öffentlichen Auftrag tätig sind (TÜV etc.)
2. Von allen Landesämtern- und Behörden in den Bundesländern mit IFG – in vielen Bundesländern besteht dieses Auskunftsrecht also (noch) nicht.

Ämter und Behörden sind verpflichtet, auf ihren Homepages Organigramme und Aktenpläne zur Verfügung zu stellen, bei den Aktenplänen gibt es aber noch große Lücken.

*Wann kann die Auskunft verwehrt werden?*

Es gibt leider zahlreiche Ausnahmen, auf die sich Beamte berufen können, wenn sie Akten nicht herausgeben wollen. Die Herausgabe von Informationen kann unter anderem verweigert werden, wenn besondere öffentliche Belange (beispielsweise Belange der inneren oder äußeren Sicherheit) betroffen sind, wenn es um den Schutz persönlicher Daten, um ein schwebendes Verfahren oder um den Schutz von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geht. Aber: Es ist die Behörde, die nachweisen muss, dass die negativen Folgen der Datenherausgabe schwerer wiegen als das öffentliche Interesse an den Daten.

*Wie stellt man einen Antrag?*

Man kann erst einmal formlos anfragen – schriftlich oder mündlich. Die Anfrage muss sich an diejenige Behörde richten, die über die Daten verfügt, und muss relativ präzise eingegrenzt sein (Nicht: „Haben Sie denn etwas zu Giftmüll?“, sondern: „Ich möchte die Akten anfordern, die sich auf die Ausschreibung für die Giftmüllverbrennungsanlage beziehen“).

*Und wenn der Antrag abgelehnt wird?*

Der Antrag wird leider in den meisten Fällen erst einmal abgelehnt, unter Berufung auf einen der oben angegebenen Gründe. In diesem Fall: Widerspruch einlegen, damit die Entscheidung erst einmal intern überprüft wird. Falls auch dieser Versuch erfolglos bleibt, ist eine Klage vor dem Verwaltungsgericht angeraten. Weil die IFGs erst seit wenigen Jahren in Kraft sind, werden ihre Grenzen erst ausgelotet, und die Praxis der Anwendung ist weitgehend durch Urteile von Verwaltungsgerichten bestimmt. Neben Niederlagen gibt es auch Erfolge in den Auseinandersetzungen um die Freigabe von Daten zu verzeichnen: So muss der Vertrag zwischen dem Bund und Toll Collect wohl teilweise offengelegt werden, obwohl sich der Bund bislang auf den Schutz von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen berufen hatte.

*Wo gibt es weitere Informationen zum praktischen Vorgehen?*

Vom Netzwerk Recherche gibt es ausführliche Informationen zum praktischen Einsatz der neuen Auskunftsrechte.

- Informationen und Hintergründe findet man auf der Homepage [www.netzwerkrecherche.de](http://www.netzwerkrecherche.de) unter „Projekte“ → „Infofreiheitsgesetz Einstieg“
- Eine allgemeinverständlich und detailliert juristische Erläuterung findet man in der NR-Publikation „Informationsgesetz. Gesetzestexte. Kommentierungen. Fallbeispiele. Erläuterungen“ von Dr. W Mecklenburg/ B.H. Pöppelmann
- Gute Aufsätze zum Thema gibt es auch in dem NR-Band „Presserecht in der Praxis“ von der Jahrestagung 2005

Wind of change oder laues Lüftchen?

Abschluss-Diskussion: „Gedopter Sport – Medien als Teil der Dopingmaschine“

Von Johannes Aumüller

So schnell kann ein Thema ganz an die Spitze der Agenda rutschen: Noch vor wenigen Wochen war als Abschlussdiskussion der „Netzwerk Recherche-Tagung“ das Thema „Zwischen Fiktion und Fakten – wie der Quoten-Kapitalismus den Journalismus verändert“ geplant. Stattdessen stand nun aber eine Kontroverse zum Thema „Gedopter Sport – Medien als Teil der Dopingmaschine“ an. Mit dabei: Der ARD-Dopingexperte Hajo Seppelt, dem im vergangenen Jahr beim RBB die Schwimm-Berichterstattung entzogen wurde, weil er die nachlässige Dopingberichterstattung der ARD kritisierte; die ehemalige BDR-Präsidentin Silvia Schenk, die 2004 wegen Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung eines vertuschten überhöhten Hämatokritwertes zurücktrat; oder der Wissenschaftler Josef Hackforth – sie alle sparen nicht an (Selbst)Kritik bezüglich der Sportberichterstattung in der Vergangenheit. In diese Grundtendenz stimmen auch die beiden anderen Podiumsteilnehmer, ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender und WDR-Sportchef Steffen Simon, mit ein. „Nichts hat mich in den vergangenen Wochen mehr geschockt als erstens das Verhalten von Journalisten bei der Pressekonferenz von Erik Zabel und Rolf Aldag und als zweitens der große Jubel für Erik Zabel bei der Bayernrundfahrt“, sagt Simon. Solche Zitate klingen gut, aber mit ein wenig Rückbesinnung auf die jüngere sportjournalistische Vergangenheit der Sender ein bisschen weniger authentisch als ein solches Zitat von Seppelt oder Schenk.

Weil Brender und Simon doch genau Programm(mit)verantwortliche der beiden Sender sind, die in der Vergangenheit kritische Sportformate wie den „Sportspiegel“ oder „Sport unter der Lupe“ eingestellt haben. Weil Brender Chefredakteur genau des Senders ist, dessen Sportchef Wolf-Dieter Poschmann vor nicht all zu langer Zeit kritische Passagen über Fahrer des Team Gerolsteiners aus einer Reportage strich und gleichzeitig als Moderator bei Veranstaltung des Rennstalls tätig war. Weil Simon federführender Sportredakteur in dem Sender ist, dessen Sponsorenlogo auf den Trikots von Telekom prangte, vor dessen Radsportübertragungen t-mobile-Spots liefen und dessen Experte lange Jahre der zu aktiven Zeiten wegen Dopings gesperrte Rudi Altig war. Weil Simon früher über den einstigen ARD-Sportkoordinator Hagen Boßdorf urteilte: „Kein ARD-Sportkoordinator hat die Sportberichterstattung im Ersten so voran gebracht“ – besagter Hagen Boßdorf aber erstens mal erklärte „Sagt die Telekom, es gibt keinen Dopingfall, dann gibt es auch keinen Dopingfall für die ARD“, zweitens als Co-Autor von Jan Ullrich wirkte und drittens hauptsächlich daran beteiligt war, den schon angesprochenen ARD-Dopingexperten Hajo Seppelt als Schwimm-Reporter abzusetzen. Und weil, weil, weil,...

Das alles aber soll also Vergangenheit sein, und deswegen gibt sich das öffentlich-rechtliche Duo als neue Speerspitze gegen den Dopingsumpf. Glaubt man ihnen, sieht das so aus: Aus keinem Land kommt von den Fernsehanstalten so viel Druck auf die Radsport-Funktionäre wie aus Deutschland, keiner hat so für die Ergänzung des Lizenzvertrages um die Doping-Klausel gestritten wie sie und keiner hat mitgeholfen, solche Kontrollmechanismen einzuführen, wie sie es nun bald geben soll, aber die Brender auch auf mehrfache Nachfrage hin nicht einmal ansatzweise konkretisieren will – und das alles, obwohl Radsport und die Tour de France eigentlich keine Quote mehr bringen würde. Was ein bisschen stört: Erstens will Brender kein mögliches Ausstiegsszenario beschreiben, obwohl er immer wieder betont, es sei

noch gar nicht klar, ob und wie sein Sender überhaupt übertragen werde. Zweitens zeigen die beiden all zu oft mit dem Finger auf die anderen. Simon auf die „immer unterschätzten Kontakte der Sponsoren zu den Printmedien“ und Brender auf den Spartensender „Eurosport“, der ja bei einem theoretischen Ausstieg seines Senders immer noch die Tour übertragen würde und bei dem man ja vor kurzem während der Giro-Übertragungen überhaupt keine kritischen Worte zum Thema Doping gehört habe.

Nun geht es nicht nur um die Vergangenheit, sondern auch um die generelle Frage, wie Sportjournalisten auf diese Krise reagieren. Seppelt hofft auf einen „Wind of change“, auf eine nachhaltige Wirkung auf die Sportjournalisten und auf einen vermehrten Rückgriff auf handwerkliche Kriterien, wenngleich manche herkömmlichen Sportjournalisten aufgrund der vielen neuen Anforderungen im medizinischen, ökonomischen oder juristischen Bereich schlicht überfordert seien. Hackforth und Schenk befürchten, dass der „Wind of change“ vielleicht nur ein laues Lüftchen bleibt. Hackforth macht das an seinen wissenschaftlichen Umfragen fest, nach denen für Sportjournalisten das Unterhaltungselement immer wichtiger werde, und an seinem „traurigen Befund“ im Rahmen der Sportjournalisten-Ausbildung, nach dem junge Absolventen nach dem Diplom das Gelernte sofort wieder vergessen würden. Gemeinsam sind sie es aber, die sich dafür aussprechen, zu hohem Druck auf Sportler auszuüben und den Sport in seiner Dramatik nicht zu überhöhen.

Simon und Brender diskutieren derweil, wo sie kritischen Sportjournalismus im Programm unterbringen können. Simon plädiert für und verspricht ein Magazin ähnlich wie früher „Sport unter der Lupe“, das damals „unter dem kommerziellen Druck der Privaten“ eingestellt wurde, weil es nur ein „qualitatives Minderheitenprogramm“ war, was sich nun anscheinend geändert hat, denn mittlerweile reicht es ihm auch aus, wenn eine solche Sendung „ein kleines Publikum erreicht“. Brender hält es hingegen für sinnvoller, kritische Beiträge in unmittelbarer Umgebung der Live-Berichterstattung zu bringen, weil man so nicht nur die Zuschauer treffen würde, die sie sich ohnehin ansehen würden.

Wie ernst es den Verantwortlichen von ARD und ZDF aber tatsächlich ist, lässt sich vielleicht erahnen mit einem Blick auf das, was am Wochenende in der Welt des Sports so passierte. Stern.de meldet, dass ARD und ZDF für die neue Rekordsumme von 122 Millionen Euro die Rechte an der Fußball-EM 2008 gekauft haben. Und am späten Abend läuft am Ende der Woche, in der sich die Doping-Vorwürfe gegenüber Fußballern mehren, zu diesem brisanten Thema zwar ein Stück im ZDF-Sportstudio – aber leider erst kurz vor Mitternacht. Die vom Sender promotete und mehr als eine Stunde dauernde Übertragung um den Titel im WBO-Halbschwergewicht zwischen Zsolt Erdei und George Blades war den Senderverantwortlichen wichtiger.